

Prognose für 1990 und 1991

# Beständige Inlandskonjunktur, aber hohes Auslandsrisiko

**B**is zum Spätsommer entwickelte sich die österreichische Wirtschaft weitgehend gemäß den optimistischen Erwartungen. Die kräftige Nachfrage aus der Bundesrepublik Deutschland hielt — schon vor Inkrafttreten der deutsch-deutschen Währungsunion — den Export in Schwung. Vor allem aber trug die unvermindert hohe Konsum- und Investitionsbereitschaft dazu bei, daß die wirtschaftliche Aktivität das hohe Niveau der ersten Monate dieses Jahres beibehielt. Die Verlagerung der Konjunktur zu den Inlandskomponenten wurde noch dadurch verstärkt, daß die Bautätigkeit überraschend kräftig wuchs, der Ausländerreiseverkehr dagegen enttäuschte.

Die Prognose für das Wirtschaftswachstum 1990 bleibt unverändert bei real +4½%. Auch die Inflationsrate und der Leistungsbilanzsaldo werden ähnlich günstig beurteilt wie vor drei Monaten. Für 1991 haben sich allerdings wichtige Rahmenbedingungen geändert. In den angelsächsischen Ländern hat das Wachstum unerwartet deutlich nachgelassen, und die Auswirkungen der Golfkrise werden in jedem Fall die internationale Konjunktur beeinträchtigen.

Um der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Rohölpreise Rechnung zu tragen, hat das WIFO die Auswirkungen der Golfkrise auf die österreichische Wirtschaft in zwei Szenarien untersucht<sup>1)</sup>. Das gemäßigte Szenario — es rechnet für Österreich mit einem durchschnittlichen Rohölimportpreis von 27 \$ je Barrel bis Ende 1991 — wurde der vorliegenden Prognose zugrunde gelegt, da es als das wahrscheinlichere ange-

**Die Krise am Persischen Golf beeinträchtigt die Konjunkturaussichten auch für Österreich. Verharren die Rohölpreise auf dem gegenwärtigen Niveau, wie dies die vorliegende Prognose annimmt, halten sich die negativen Effekte auf Wirtschaftswachstum, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in Grenzen. Andererseits ist das Risiko eines deutlich stärkeren Auftriebs der Erdölpreise erheblich und damit auch das einer ähnlichen Erschütterung der Weltwirtschaft wie nach den beiden Erdölpreisschocks der siebziger Jahre. Dieses Risiko ist vor allem dann gegeben, wenn ein militärischer Konflikt Engpässe in der Rohölversorgung auslöst.**

sehen wurde. (Demgegenüber nimmt das Krisenszenario an, daß der Rohölpreis in den nächsten sechs Monaten auf rund 40 \$ je Barrel steigt.)

Falls die Rohölpreise die 30-\$-je-Barrel-Marke nicht wesentlich überschreiten, legen es mehrere Überlegungen nahe, die Auswirkungen der

Erdölverteuerung als begrenzt anzunehmen. — geringer jedenfalls als in den beiden Präzedenzfällen. So erreicht der Preissprung weder absolut noch relativ das frühere Ausmaß; er ist von einer Schwächung des Dollars begleitet, und das dämpft vor allem in einem Hartwährungsland wie Österreich die Teuerung. In Westeuropa verfügt die Konjunktur noch über robuste endogene Wachstumsimpulse; schließlich sind auch verschiedene Lerneffekte aus den beiden Erdölpreisschocks in Rechnung zu stellen, die diesmal einen allzu scharfen Einbruch der Erwartungen von Konsumenten und Investoren verhindern sollten.

Andererseits birgt die Dollarschwäche die Gefahr, daß die Anbieter von nichtenergetischen Rohwaren auf die Schmälerung ihrer Exporteinnahmen — bei gleichzeitiger Verteuerung ihrer Energieimporte — ihrerseits mit massiven Preiserhöhungen reagieren. In der Vergangenheit war

## Hauptergebnisse der Prognose

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt					
Real	+ 2,0	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,5
Nominell	+ 4,1	+ 6,2	+ 7,0	+ 8,0	+ 7,4
Wertschöpfung Industrie <sup>1)</sup> real	+ 0,1	+ 5,5	+ 6,2	+ 8,5	+ 6,0
Privater Konsum real	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,0
Ausrüstungsinvestitionen real	+ 0,9	+ 5,6	+ 7,2	+ 9,5	+ 7,5
Bauinvestitionen real	+ 4,9	+ 6,2	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,0
Warenexporte					
Real	+ 3,1	+ 9,6	+ 9,2	+ 9,3	+ 7,2
Nominell	- 0,0	+ 11,9	+ 12,0	+ 9,6	+ 10,6
Warenimporte					
Real	+ 4,4	+ 7,9	+ 10,4	+ 7,5	+ 7,5
Nominell	+ 1,0	+ 9,6	+ 14,2	+ 7,8	+ 12,0
Handelsbilanz	Mrd S - 65,7	- 70,4	- 85,9	- 82,7	- 99,1
Leistungsbilanz	Mrd S - 2,7	- 3,9	+ 0,2	+ 4,5	- 2,5
Verbraucherpreise	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,3
Arbeitslosenquote	in % 5,6	5,3	5,0	5,4	5,5
) Einschließlich Bergbau					

<sup>1)</sup> Siehe Busch G, Guger A, Musil K, Schebeck F, Stankovsky J, „Effekte der jüngsten Erdölverteuerung“, WIFO-Monatsberichte 1990 63(9).

dies mehrmals der Fall und es ist fraglich, wieweit die nachlassende Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen den Spielraum für solche Preiserhöhungen einschränkt. Eine Rohwarenhause auf breiter Front würde fast zwangsläufig die führenden Notenbanken zu verschärfter monetärer Restriktion veranlassen und die Gefahr einer internationalen Rezession zusätzlich erhöhen

Unter den geänderten Annahmen über die internationalen Rohölpreise, den Dollarkurs und die Konjunktur im Ausland ergibt die Prognose für 1991 nun ein Wirtschaftswachstum für Österreich von 3½%, um ½ Prozentpunkt weniger als bisher angenommen. Es wird sich überwiegend auf die gewerbliche Sachgüterproduktion stützen können, vor allem die Erzeuger von fertigen Investitionsgütern werden mit Zulieferaufträgen aus Deutschland gut ausgelastet sein. Auf anderen Auslandsmärkten wird dagegen die Konjunkturabschwächung stärker spürbar sein; auch ist nicht mit deutlichen Marktanteilsgewinnen zu rechnen, da sich die Lohnstückkostenposition kaum noch verbessert

Im Inland bleibt die Investitionstätigkeit ein wichtiger Wachstumsfaktor. Besonders die Industrie hat nach jahrelanger Zurückhaltung noch einen Nachholbedarf in der Erneuerung ihres Kapitalstocks, die unverändert gute Ertragslage erleichtert die Finanzierung aus Eigenmitteln und mindert so den restriktiven Effekt der hohen Zinsen. Aufträge aus der privaten Wirtschaft sichern auch ein anhaltend kräftiges Wachstum der Bautätigkeit; der Wohnbau sollte seine Flaute überwinden, und neue Infrastrukturprojekte sollten dem Tiefbau zumindest eine gleich gute Auslastung ermöglichen.

Die Erdölverteuerung engt den Realeinkommensspielraum der Haushalte ein, das Konsumwachstum wird 1991 daher mit 3% nun geringer veranschlagt als in der letzten Prognose.

Dennoch werden neue Anschaffungen auch zu Lasten des Sparens getätigt, denn die höheren Energiepreise sollten die Konsumenten nicht unmittelbar zu Konjunkturpessimismus und Aufstockung ihrer finanziellen Reserven veranlassen.

Die Verschlechterung der Terms of Trade läßt nun keinen Überschuß mehr in der Leistungsbilanz für 1991

### Annahmen über die internationale Konjunktur

	1987	1988	1989	1990	1991	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt real						
OECD insgesamt	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,5	
USA	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,0	
Japan	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0	
OECD-Europa	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,5	
BRD	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,0	
Welthandel, real	+ 5,2	+ 9,0	+ 7,5	+ 6,5	+ 5,0	
Marktwachstum <sup>1)</sup> Österreichs	+ 4,9	+ 7,6	+ 8,8	+ 7,5	+ 6,9	
Weltmarkt-Rohstoffpreis <sup>2)</sup>						
Insgesamt	+20,0	- 5,0	+11,0	+11,0	+19,0	
Ohne Energierohstoffe	+ 8,0	+21,0	± 0,0	- 1,0	+ 2,0	
Erdölpreis <sup>3)</sup>	\$ je Barrel	18,9	13,8	16,4	19,4	25,0
Wechselkurs	S je \$	12,64	12,35	13,23	11,48	11,00

<sup>1)</sup> Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen - <sup>2)</sup> HWWA-Index Dollarbasis - <sup>3)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD

erwarten. Nach den bisher enttäuschenden Ergebnissen im laufenden Jahr muß auch die Prognose für die Nettoerträge im Reiseverkehr nach unten korrigiert werden, selbst wenn anzunehmen ist, daß das Ausbleiben von Gästen aus der BRD und den Niederlanden im letzten Winter auf Wettereinflüsse und in diesem Sommer auf den Sondereffekt der Öffnung des Ostens zurückzuführen war.

Die Prognose der Inflationsrate 1991 muß deutlich nach oben korrigiert werden: von 3½% auf 4¼%. Ursache hierfür sind die unmittelbaren Effekte der Verteuerung von Mineralölprodukten, die Überwälzung dieser Preiserhöhung auf die Produktionskosten sowie Preissteigerungen importierter Industriewaren.

Aufgrund der guten Konjunktur, des verstärkten Einsatzes von Teilzeitbeschäftigten und des reichlichen Angebotes an billigen Arbeitskräften ist der Arbeitsmarkt zur Zeit sehr aufnahmefähig. Die Zahl der Beschäftigten wächst noch rascher als bisher

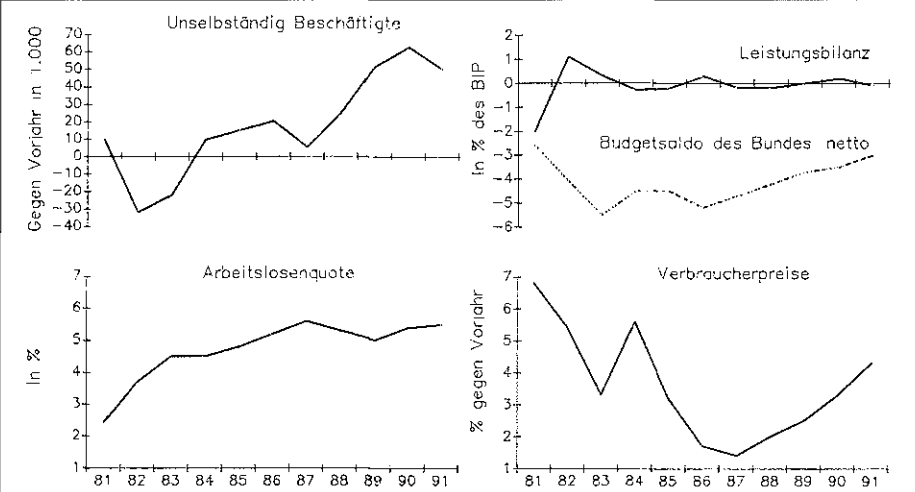
erwartet. Gleichzeitig läßt der starke Zustrom von Ausländern die Arbeitslosigkeit heuer voraussichtlich um rund 16.000 auf eine Quote von 5,4% steigen; 1991 ist mit einer weiteren Erhöhung auf 5,5% zu rechnen.

### Kein unmittelbarer Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik

Laut den Annahmen der Prognose werden die negativen Effekte der jüngsten Rohölverteuerung wesentlich geringer ausfallen als nach den beiden früheren Preisschocks. Für die Wirtschaftspolitik in Österreich besteht daher kein Anlaß für unmittelbare und autonome Gegenmaßnahmen, soweit dies die klassischen Instrumente der Konjunktur Stabilisierung betrifft.

Mehr noch als vor zehn Jahren wird eine Verteuerung von Energieträgern aus ökologischen Gründen als wünschenswert angesehen. Ein gewichtiges Argument gegen eine sol-

### Wichtige Konjunkturindikatoren



che Verteuerung auf nationaler Ebene — die Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland — fällt im gegebenen Fall weg. Dies sollte einen allzu abrupten Einbruch der Erwartungen von Konsumenten und Investoren ebenso verhindern wie Überreaktionen in der Bekämpfung der Krisenfolgen

Einen restriktiveren Kurs der Geldpolitik im Ausland müßten die Währungsbehörden in jedem Fall mitvollziehen, um das Wechselkursziel nicht zu gefährden. Die Dämpfung des Wirtschaftswachstums im prognostizierten Ausmaß würde aber kompensatorische Aktionen der Fiskalpolitik und damit ein Abweichen vom Pfad der Budgetkonsolidierung nicht rechtfertigen — zumal die Energieverteuerung kaum Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen wird

Eher als nach dem ersten Erdölpreisschock waren die Gewerkschaften — im Ausland und in Österreich — nach dem zweiten Erdölpreisschock bereit, der Einschränkung des Verteilungsspielraumes aufgrund der Verschlechterung der Terms of Trade Rechnung zu tragen, wodurch die Inflation besser unter Kontrolle gehalten werden konnte. Dies rechtfertigt die Annahme, daß auch auf die jüngste Erdölverteuerung die Lohnpolitik maßvoll reagieren wird. Wird der Erdölpreisschub als einmaliger Effekt auf die Verbraucherpreise überwältigt, ohne eine Lohn-Preis-Spirale in Gang zu setzen, so besteht auch für die Geldpolitik kein Grund zu forcierter Restriktion

Die höheren Erdölpreise könnten die Leistungsbilanz auf Dauer belasten. Berücksichtigt man weitere Belastungen, die sich aus der Vollendung des EG-Binnenmarktes — mit oder ohne Teilnahme Österreichs — ergeben werden, dürfte die latente Leistungsbilanzschwäche in Zukunft wieder stärker als in den letzten Jahren zutage treten. Dies würde die Wirtschaftspolitik vor die Aufgabe stellen, den mittelfristigen Zielen der strukturellen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der deutlichen internationalen Orientierung — die letztlich die Leistungsbilanz entlasten sollen — noch höhere Priorität einzuräumen

Erstreckte sich die kräftige Konjunktur bis zum Vorjahr ziemlich

### Entwicklung der realen Wertschöpfung

	1989	1990	1991	1989	1990	1991
	Zu Preisen von 1983 in Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgüterproduktion und Bergbau	394,8	424,9	448,5	+5,8	+7,6	+5,6
Industrie und Bergbau	301,3	326,8	346,1	+6,2	+8,5	+6,0
Gewerbe	93,5	98,1	102,4	+4,8	+5,0	+4,5
Energie- und Wasserversorgung	48,5	48,5	50,0	+2,9	±0,0	+3,0
Bauwesen	95,9	100,3	104,2	+3,5	+4,5	+4,0
Handel <sup>1)</sup>	237,6	248,4	256,9	+5,2	+4,5	+3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	85,8	89,2	92,3	+4,9	+4,0	+3,5
Vermögensverwaltung <sup>2)</sup>	197,5	204,4	210,3	+3,3	+3,5	+3,0
Sonstige private Dienste <sup>3)</sup>	59,2	61,0	62,5	+3,0	+3,0	+2,5
Öffentlicher Dienst	175,8	177,5	178,3	+0,7	+1,0	+0,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.295,1	1.354,2	1.408,0	+4,1	+4,5	+3,5
Land- und Forstwirtschaft	45,9	46,8	47,7	-1,4	+2,0	+2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	1.341,0	1.401,0	1.455,7	+3,9	+4,5	+3,5
Brutto-Inlandsprodukt	1.390,0	1.452,0	1.503,0	+4,0	+4,5	+3,5

<sup>1)</sup> Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. — <sup>2)</sup> Banken und Versicherungen, Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste. — <sup>3)</sup> Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste. — <sup>4)</sup> Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

gleichmäßig auf die Industrieländer, so haben sich heuer die Wachstumsunterschiede vergrößert. Während sich die USA, Großbritannien und die skandinavischen Länder der Stagnation nähern, ist die Nachfrage in Japan

### Internationale Konjunktur gespalten

und einigen Ländern Westeuropas noch sehr dynamisch. Die Vollendung des EG-Binnenmarktes, die deutsche Einigung und die Wirtschaftsreform in Osteuropa stimulieren Konsum und Investitionen in Europa; sie erweisen sich als resistenter gegenüber den hohen Zinsen als in den USA und dürften auch von den Auswirkungen der Erdölverteuerung weniger in Mitleidenschaft gezogen werden.

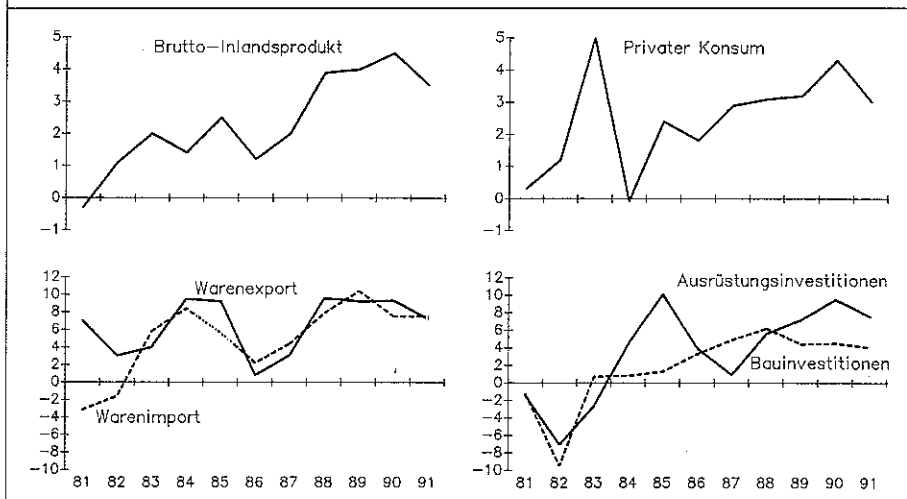
Für die Geldpolitik der USA vergrößert sich das Dilemma: Zur Ab-

wehr des durch Erdölverteuerung und Dollarschwäche verstärkten Inflationsdrucks wäre eine Straffung, zur Verringerung der Rezessionsgefahr andererseits eine Lockerung erforderlich. Das hohe Budgetdefizit engt den Handlungsspielraum zusätzlich ein. Ein niedrigerer Dollarkurs würde den Abbau des Leistungsbilanzdefizits begünstigen und den Export beleben; Zinssenkungen bewirken jedoch sehr rasch Kapitalabflüsse nach Japan und in die BRD.

In Japan war die Ende August erfolgte Anhebung des Diskontsatzes um ¼ Prozentpunkte auf 6% auf den Finanzmärkten vorweggenommen worden, und man rechnet bereits mit einer weiteren Erhöhung. Immer kleiner werdende Zinsdifferenzen zum Rentenmarkt der USA lassen japanische Großanleger in hochverzinsliche, von japanischen Banken emit-

### Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



tierte Schuldverschreibungen investieren. In der BRD liegen die langfristigen Zinsen zwar nach wie vor um bzw. knapp über 9%, die immer höher werdenden Schätzungen der Kosten der deutschen Wiedervereinigung und die daraus abzuleitenden beträchtlichen Finanzierungserfordernisse lassen ein weiteres Ansteigen des Renditeniveaus erwarten. Die österreichischen Zinssätze müssen diese Entwicklung mitvollziehen. Die Sekundärmarktdarlehen werden 1990 im Jahresdurchschnitt 8,8% betragen und 1991 auf 9,6% steigen.

Der Prognose liegt die Annahme eines durchschnittlichen Dollarkurses von 11,48 S für 1990 und von 11,0 S für 1991 zugrunde. Nominell-effektiv (ohne Jugoslawien) wird der Schilling 1990 um 2,7%, 1991 nur noch um 0,6% an Wert gewinnen. Die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit — ausgedrückt in der Änderung des real-effektiven Wechselkurses — wird sich nach einer Verschlechterung von 1,5% heuer 1991 geringfügig verbessern.

#### Industrie als Wachstumsmotor

Nach einem ungewöhnlich starken Aufschwung zu Jahresbeginn hielten Nachfrage und Produktion im Frühjahr das zuvor erreichte hohe Niveau. (Der leichte saisonbereinigte Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes im II. Quartal ist vor allem auf die geringere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen.) Gegenüber dem Vorjahr stieg das BIP im 1. Halbjahr 1990 um 4,4%.

Schrittmacher des Wachstums war die Industrie, sie konnte ihre Wertschöpfung um 9,4% steigern. Die Produktion von Investitionsgütern erhöhte sich sogar um fast ein Viertel. Obwohl neue Aufträge in den letzten Monaten weniger zahlreich erteilt wurden als zuvor, bleiben die Aussichten für weitere Produktionszuwächse günstig. Im jüngsten WIFO-Konjunkturtest (Ende Juli) äußerten die Unternehmer ungebrochen optimistische Erwartungen. Die Daten wurden allerdings noch vor Ausbruch der Golfkrise erhoben.

Der internationale Konjunkturabschwung läßt für 1991 ein langsames Industriewachstum als bisher erwarten. Die prognostizierte Produktionssteigerung um 6% bleibt aber gemessen am langfristigen Durch-

schnitt, relativ hoch. Die Nachfrage wird sich weiterhin auf fertige Investitionsgüter konzentrieren, bedingt sowohl durch die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einigung als auch durch den zurückgestauten Erneuerungsbedarf des Sachanlagevermögens in der Industrie selbst.

#### Export gibt weiter Wachstumsimpulse

Der Warenexport war im 1. Halbjahr real um mehr als 8% höher als im Vorjahr; die Zuwachsrate entsprach damit ungefähr dem für das gesamte Jahr 1990 erwarteten Wert. Am kräftigsten stieg die Ausfuhr von Fertigwaren, insbesondere von Maschinen sowie Fahrzeugteilen für die deutsche Autoindustrie. Während der Import der BRD in den ersten sechs Monaten insgesamt um nur 4,4% expandierte, lieferte Österreich an seinen wichtigsten Absatzmarkt um 12,4% mehr Waren. Dies rechtfertigt auch die der Prognose zugrundeliegende Erwartung, daß Österreich aus der Sanierung der Wirtschaft der DDR erheblichen Nutzen ziehen wird. Der insgesamt stagnierende Export in die Oststaaten entwickelte sich, je nach Land, sehr unterschiedlich. Während in der DDR und in Polen der Ausfall von Getreidelieferungen einen schwerwiegenden Absatzrückgang verursachte, stieg die Ausfuhr nach Ungarn und in die CSFR jeweils mit zweistelliger Rate. Der Auftrieb der Rohölpreise trifft die osteuropäischen Staaten besonders hart, da er ihnen ohnehin engen Finanzierungsspielraum weiter einschränkt. Der Aufschub von für den Erfolg der Wirtschaftsreformen dringend notwendigen Investitionen bedeutet auch für die Exportländer von Kapitalgütern einen Risikofaktor.

Die Revision der Exportprognose trägt der Golfkrise und den von ihr

ausgehenden dämpfenden Effekten auf die internationale Konjunktur Rechnung. Für 1990 erfordert dies eine nur marginale Korrektur, für 1991 wird das reale Exportwachstum nun mit 7,4% um mehr als 1 Prozentpunkt niedriger veranschlagt. Damit könnte Österreich dennoch mäßig Marktanteile gewinnen, zumal sich die Arbeitskostenposition gegenüber dem Ausland trotz einer effektiven Höherbewertung des Schillings weiter verbessern wird.

#### Konsum wächst kaum noch rascher als Realeinkommen

Der private Konsum nahm im 1. Halbjahr 1990 einen deutlichen Aufschwung. Die Ausgaben der Haushalte stiegen real um 3,4% (saisonbereinigt, gegenüber dem 2. Halbjahr 1989) und waren um fast 5% höher als im Vorjahr. Besonders gefragt waren dauerhafte Konsumgüter, sie erreichten

**Die Verteuerung von Energieträgern engt den Realeinkommensspielraum der Haushalte ein. Dies wird vor allem die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern dämpfen. Dennoch ist mit einem weiteren Rückgang der Sparquote zu rechnen.**

ten jeweils mehr als doppelt so hohe Steigerungsraten.

Die Nachfrage eilte dem Wachstum der persönlichen Einkommen voraus. Gleichwohl dürfte die Sparneigung nicht so drastisch zurückgegangen sein, wie der Vergleich mit den Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) suggeriert — um etwa 3 Prozentpunkte —, da die übrigen Einkommen wahrscheinlich stärker gestiegen sind. Im Jahresdurchschnitt wird ein Rückgang der Sparquote um ½ Prozentpunkt auf 13,6% erwartet. Die abnehmende Sparneigung ist jedenfalls

#### Privater Konsum

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real				
Privater Konsum	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,4	+ 12,4	+ 11,5	- 9,0	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,1
Masseneinkommen	+ 5,0	+ 0,7	+ 5,8	+ 2,6	+ 1,8
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 5,0	+ 3,3	+ 5,5	+ 3,8	+ 2,5
Sparquote in % des verfügbaren Einkommens	12,0	12,2	14,1	13,6	13,2

ein Indiz für das ungebrochene Vertrauen der Haushalte in die Konjunktur und läßt für die zweite Jahreshälfte einen weiteren Anstieg des Konsums erwarten. Die Prognose von +4¼% im Jahresdurchschnitt 1990 bleibt aufrecht.

Die Beschleunigung der Inflation als Folge der Erdölverteuerung läßt für 1991 eine geringere Steigerung der Realeinkommen als zum letzten Prognosestermin erwarten.

Der engere Spielraum für das Konsumwachstum wird vor allem die Nachfrage nach langlebigen Gütern dämpfen. Dies legt eine Korrektur der Prognose von +3½% auf +3% nahe. Dennoch wird die Sparquote neuerlich sinken, wenn auch nur geringfügig. Sollten mit Jahresanfang 1992 die Mehrwertsteuersätze wie derzeit in Aussicht genommen, gesenkt werden, ist gegen Ende des Prognosezeitraumes damit zu rechnen, daß die Haushalte geplante größere Anschaffungen vielfach zurückstellen werden. In diesem Fall könnte das Konsumwachstum 1991 deutlich unter der 3%-Marke bleiben.

**Investitionstätigkeit verliert nur allmählich an Schwung**

Die optimistischen Erwartungen in die Investitionskonjunktur wurden im 1. Halbjahr voll bestätigt. Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung stiegen die Ausgaben der Unternehmen für Maschinen und Ausrü-

**Die Investitionstätigkeit bleibt ein wichtiger Wachstumsfaktor. Nach jahrelanger Zurückhaltung plant die Industrie, ihr Investitionsvolumen heuer um ein Viertel zu steigern. Die gute Ertragslage erleichtert die Finanzierung aus Eigenmitteln und mindert so den restriktiven Effekt der hohen Zinsen.**

stungsgüter gegenüber dem Vorjahr um 9¼%. Mit einer ähnlich hohen Rate ist auch in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen; die bisherige Schätzung von +9½% bleibt daher unverändert.

Laut WIFO-Umfrage plant die Industrie, ihr Investitionsvolumen — nach jahrelanger Zurückhaltung, die den Kapitalstock altern ließ — heuer um nicht weniger als ein Viertel zu steigern. Die Produktionskapazitäten sind nahezu vollkommen ausgelastet,

**Produktivität**

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real	+2,0	+3,9	+4,0	+4,5	+3,5
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	-0,1	+0,2	+1,4	+1,7	+1,3
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,1	+3,6	+2,6	+2,8	+2,2
Industrieproduktion <sup>2)</sup>	-0,4	+6,4	+5,8	+8,5	+6,0
Industriebeschäftigte	-2,8	-2,1	+0,7	+2,2	+1,0
Stundenproduktivität in der Industrie	+4,1	+7,9	+5,8	+6,8	+5,0
Geleistete Arbeitszeit je Industriearbeiter	-1,5	+0,8	-0,8	-0,5	±0,0

<sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung — <sup>2)</sup> Laut Produktionsindex

und angesichts der anhaltend guten Ertragslage sind selbst die hohen Kreditzinsen keine bedeutende Finanzierungshürde. In anderen Sektoren verläuft die Entwicklung zwar nicht so stürmisch, doch wird das Investitionsklima auch dort von denselben Faktoren günstig beeinflusst. Allenfalls bremsst das reichliche Angebot an billigen ausländischen Arbeitskräften den stärkeren Einsatz von Kapital in der Produktion.

Die stärkere Abkühlung der internationalen Konjunktur, als zuletzt erwartet, sollte 1991 die Investitionsbereitschaft in Österreich nicht wesentlich verringern. Als neuer Risikofaktor traten aber die Golfkrise und ihre Auswirkungen hinzu. Auch wenn — wie hier angenommen — ein militärischer Konflikt vermieden werden kann, könnten die labileren Aussichten hier und da größere Zurückhaltung in den Unternehmensdispositionen bewirken. Die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen wird für 1991 daher auf 7½% herabgesetzt.

Kräftiger als erwartet expandierte im 1. Halbjahr die Bautätigkeit. Das reale Leistungsvolumen des Bausektors stieg gegenüber dem Vorjahr um

5%, fast ebenso kräftig erhöhten sich — bereinigt um die Preissteigerung — die Umsätze im Hoch- und Tiefbau. Die rege Nachfrage erstreckt sich über die meisten Bausparten, selbst der Wohnungsneubau dürfte die

**Neue Auftriebskräfte für die Bauwirtschaft**

durch die Änderung der Förderungsbestimmungen bedingte Flaute nun überwunden haben.

Im WIFO-Konjunkturtest von Ende Juli beurteilten die Bauunternehmer ihre Geschäftsaussichten äußerst optimistisch — besser noch als im Boom der frühen siebziger Jahre. Auch hat sich der Auftragsbestand laut offizieller Statistik in den letzten Monaten deutlich erhöht. Die angespannte Finanzierungslage der Bausparkassen sowie die wachsende Zahl der Förderungszusagen aufgrund der neuen gesetzlichen Wohnbauregelung weisen darauf hin, daß auch im Wohnbau der Trend wieder aufwärts weist. Die Prognose der Bauproduktion 1990 wird daher von real +3½% auf +4½% korrigiert.

Auch im nächsten Jahr wird die

**Entwicklung der Nachfrage**

	1989	1990	1991	1989	1990	1991
	In Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum	792,1	826,2	851,0	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,0
Öffentlicher Konsum	238,7	241,1	242,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	344,5	368,6	389,7	+ 5,5	+ 7,0	+ 5,7
Bauten (netto) <sup>1)</sup>	178,0	186,0	193,5	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,0
Ausrüstungen (netto) <sup>1)</sup>	147,5	161,5	173,6	+ 7,2	+ 9,5	+ 7,5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	32,3	31,4	38,9			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 407,6	1 467,3	1 521,9	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,7
Plus Exporte i. w. S. <sup>2)</sup>	614,5	675,5	723,2	+10,5	+ 9,9	+ 7,1
Warenverkehr <sup>2)</sup>	412,5	450,9	483,4	+ 9,2	+ 9,3	+ 7,2
Reiseverkehr	115,5	122,5	132,3	+10,5	+ 6,0	+ 8,0
Minus Importe i. w. S. <sup>2)</sup>	632,1	690,8	742,1	+ 9,4	+ 9,3	+ 7,4
Warenverkehr <sup>2)</sup>	507,3	545,3	586,2	+10,4	+ 7,5	+ 7,5
Reiseverkehr	77,3	81,9	86,8	+ 4,6	+ 6,0	+ 6,0
Brutto-Inlandsprodukt	1 390,0	1 452,0	1 503,0	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,5
Nominell	1 673,4	1 807,7	1 941,5	+ 7,0	+ 8,0	+ 7,4

<sup>1)</sup> Ohne Mehrwertsteuer — <sup>2)</sup> Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldo) — <sup>3)</sup> Laut Außenhandelsstatistik —  
<sup>4)</sup> Ohne Transitverkehr

Bauwirtschaft gut ausgelastet sein. Dem Wirtschaftsbau kommt die hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen zugute, der Tiefbau kann mit Aufträgen zur Schaffung der Infrastruktur für die Weltausstellung 1995 Wien—Budapest sowie zur Verwirklichung des Projekts „Neue Bahn“ rechnen im Wohnungsneubau besteht nun Nachholbedarf und auch für die Zuwanderer aus dem Ausland muß Wohnraum neu geschaffen oder adaptiert werden. Die Sanierung und Revitalisierung in den Städten wird unvermindert fortgesetzt werden

Die kräftige Nachfrage läßt die Baupreise rascher steigen als bisher erwartet. Die höheren Baukosten der starke Auftrieb der Grundstückspreise und die hohen Hypothekenzinsen könnten 1991 das Tempo der Baukonjunktur verlangsamen.

### Mäßiges Importwachstum

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres stieg der Warenimport gegenüber dem Vorjahr real um 5¼%<sup>2)</sup>. Selbst wenn man das hohe Ausgangsniveau im Jahr 1989 berücksichtigt, steht dieser mäßige Wert nicht ganz im Einklang mit dem kräftigen Wachstum der Gesamtnachfrage. Da gleichzeitig in der Zahlungsbilanzstatistik die dem Import zuzurechnenden „Nicht in Waren oder Dienste unterteilbaren Leistungen“ überraschend hoch waren, ist eine unvollständige statistische Erfassung der Wareneinfuhr nicht ganz auszuschließen. Allerdings verzeichneten im gleichen Zeitraum die Schweiz eine ähnliche und die BRD eine noch niedrigere Importsteigerung

Die Prognose für den realen Warenimport wird sowohl für 1990 als auch für 1991 auf +7½% herabgesetzt. Eine höhere Steigerungsrate in der zweiten Jahreshälfte 1990 als im 1. Halbjahr ist allein schon deshalb zu erwarten, weil im Vorjahresvergleich der Basiseffekt wegfällt. Die Revision für 1991 trägt auch der nunmehr zurückhaltender beurteilten Entwicklung der Gesamtnachfrage Rechnung

Für die ersten sieben Monate 1990 ergab sich ein Leistungsbilanzüberschuß von 7,7 Mrd S, er ist etwa

### Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+4,0	+2,8	+4,8	+5,5	+6,3
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	+3,0	+1,3	+2,0	+2,2	+2,0
Netto	+4,1	+0,4	+6,0	+1,5	+1,3
Netto-Masseneinkommen nominell	+5,9	+2,3	+8,6	+6,0	+6,2
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+2,1	-0,1	+2,5	+3,2	+4,4
Industrie	+1,4	-4,3	-1,1	+0,2	+2,3
Relative Arbeitskosten <sup>1)</sup>					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	+3,8	-4,8	-3,2	-0,8	-0,4
Gegenüber der BRD	-0,9	-4,0	-1,5	-0,8	-0,2
Effektiver Wechselkurs <sup>2)</sup>					
Real	+3,4	-0,7	-2,3	+1,5	-0,3
Industriewaren	+2,6	-0,8	-1,5	+1,1	-0,2
Nominell	+4,3	+0,3	-0,6	+2,7	+0,6
Industriewaren	+3,1	-0,0	-0,1	+2,0	+0,3

<sup>1)</sup> In einheitlicher Währung. Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit — <sup>2)</sup> Ohne Jugoslawien

ebenso hoch wie im Vorjahr. Zwar verbesserte sich das Ergebnis im Warenverkehr, dem standen jedoch etwas geringere Aktiva im Reiseverkehr gegenüber. Für 1990 ergibt die Prognoserevision mit +4,5 Mrd. S einen ähnlichen Leistungsbilanzsaldo wie zum letzten Prognosetermin. Für das nächste Jahr errechnet sich nun ein

### Leistungsbilanzüberschuß schwindet

nur noch knapp ausgeglichenes Ergebnis. Die Korrektur nach unten geht auf die ungünstigere Einschätzung der Reiseverkehrserträge zurück; für die Handelsbilanz ergibt sich sogar ein etwas geringeres Defizit, trotz der erwarteten Verschlechterung der Terms of Trade.

Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter im Ungleichgewicht; Angebot

und Nachfrage wachsen sogar jeweils um eine Nuance rascher als bisher erwartet. Zum Saisonhöhepunkt im August verfehlte die Beschäftigung nur knapp die 3-Millionen-Grenze. Im Jahresdurchschnitt ist nun ein Nettozuwachs von 63.000 (bisher +60.000) neu zu besetzender Arbeitsplätze zu erwarten. Zum Teil erklärt sich die starke Steigerung aus einem vermehrten Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, zum Teil auch aus der Legalisierung bisher nicht deklarerter Be-

### Starker Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland

schäftigungsverhältnisse. Laut Schätzung hat die zu Jahresmitte in Kraft gesetzte Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz die Zahl der statistisch erfaßten Beschäftigten aus dem Ausland bisher um rund 10.000

### Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1987	1988	1989	1990	1991
	Mrd S				
<b>Budgetpolitik</b>					
Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte <sup>1)</sup>	-63,1	-47,3	-45,7	-24,0	-19,0
Finanzierungssaldo des Bundes <sup>1)</sup>	-73,4	-65,7	-60,5	-44,0	-37,0
Budgetsaldo des Bundes netto <sup>2)</sup>	-69,8	-66,5	-62,7	-63,3	-58,0
<b>In % des BIP</b>					
Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte <sup>1)</sup>	-4,3	-3,0	-2,7	-1,3	-1,0
Finanzierungssaldo des Bundes <sup>1)</sup>	-5,0	-4,2	-3,6	-2,4	-1,9
Budgetsaldo des Bundes netto <sup>2)</sup>	-4,7	-4,2	-3,7	-3,5	-3,0
<b>Geldpolitik</b>					
Sekundärmarktrendite					
Nominell	6,9	6,6	7,1	8,8	9,6
Real	5,4	4,7	4,5	5,5	5,6

<sup>1)</sup> 1989—1990 und 1991 Schätzung — <sup>2)</sup> 1990 Bundesvoranschlag 1991 mittelfristige Prognose

<sup>2)</sup> Dieser Wert errechnet sich aufgrund der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt berechneten Preisindizes.

erhöht; eine weitere Zunahme dieser Zahl ist in den nächsten Monaten zu erwarten

Die starke Zuwanderung von Ausländern läßt das Angebot an Arbeitskräften derzeit deutlich rascher wachsen, als der Arbeitsmarkt aufnehmen kann. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 1990 voraussichtlich um über 16 000 steigen, um ein Drittel mehr als bisher angenommen. Auch die Aufnahme von Asylwerbern in stabile Arbeitsverhältnisse

**Aufgrund der guten Konjunktur, des verstärkten Einsatzes von Teilzeitbeschäftigten und des reichlichen Angebotes an billigen Arbeitskräften ist der Arbeitsmarkt sehr aufnahmefähig. Der starke Zustrom von Ausländern läßt aber die Arbeitslosigkeit rascher steigen als erwartet.**

erweist sich als unerwartet schwierig, da sie in der Regel eine längere Einschulung voraussetzt. Die Arbeitslosenquote muß für 1990 nach oben revidiert werden, auf 5,4% (ohne Asylwerber 5,2%).

Selbst wenn es gelingt, den Zustrom von Ausländern nach Österreich einzudämmen, muß 1991 mit einer neuerlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit um etwa 8 000 auf eine Quote von 5,5% gerechnet werden.

### Rascheres Lohnwachstum

Die Einkommen entwickelten sich im 1. Halbjahr 1990 sehr uneinheitlich: Während in der Industrie sowohl die Stunden- als auch die Monatsverdienste gegenüber dem Vorjahr um rund 8% wuchsen, blieben die übrigen Bereiche zum Teil beträchtlich hinter der Tariflohnentwicklung zurück: In der Bauwirtschaft, für die ebenfalls gesonderte Daten vorliegen, stiegen die tariflichen Mindestlöhne wohl seit Mai auch um 8%, die tatsächlich bezahlten Stundenverdienste aber um nur knapp 6%. Auch in den Dienstleistungssparten entspricht die Entwicklung der Einkommen nicht ganz dem günstigen Konjunkturbild. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der Zustrom billiger Arbeitskräfte dämpfen das Lohnwachstum. Insgesamt

### Arbeitsmarkt

	1987	1988	1989	1990	1991
Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig Beschäftigte	+ 52	+ 251	+ 518	+ 630	+ 500
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 14	+ 35	+ 165	+ 420	+ 320
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	- 1,5	+ 18,9	+ 45,3	+ 57,0	+ 44,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Demographisch bedingtes Erwerbspotential <sup>1)</sup>	+ 17,0	+ 20,0	+ 19,2	+ 27,0	+ 20,0
Ausländer	+ 7,0	+ 5,0	+ 3,4	+ 11,0	+ 9,0
Inländer	+ 10,0	+ 10,0	+ 15,8	+ 16,0	+ 11,0
Erwerbspersonen im Inland	+ 10,9	+ 13,1	+ 35,9	+ 73,0	+ 52,0
Ausländer	+ 2,7	+ 3,2	+ 17,1	+ 49,0	+ 35,0
Wanderung von Inländern	- 4,1	- 4,4	- 5,0	- 3,0	- 3,0
Inländer	+ 12,3	+ 14,3	+ 23,8	+ 27,0	+ 20,0
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose	+ 12,5	- 5,8	- 9,5	+ 16,0	+ 8,0
Stand	in 1 000 164,5	158,6	149,2	165,6	173,6
Arbeitslosenquote	in % 5,6	5,3	5,0	5,4	5,5
Ohne Asylwerber	in %			5,2	5,4
Abweichung der Erwerbsbeteiligung vom Trend <sup>2)</sup>	+ 2,3	+ 4,3	+ 8,0	+ 11,0	+ 9,0

<sup>1)</sup> Tatsächliche Bevölkerungszahl, multipliziert mit dem Trend der Erwerbsquoten - <sup>2)</sup> Inländische Erwerbspersonen minus inländisches Erwerbspotential

sind im 1. Halbjahr die Pro-Kopf-Verdienste gegenüber dem Vorjahr um 5% gestiegen, die Netto-Masseneinkommen wegen der kräftigen Zunahme der Lohnsteuereinnahmen (+21,8%) aber um nur 4½%.

Seit Jahresmitte stärken Anhebungen der Beamtgehälter und eine Erhöhung der Pensionen aus der Sozialversicherung die Einkommen<sup>3)</sup>. Im Jahresdurchschnitt dürften damit die Pro-Kopf-Einkommen heuer um 5½% und die Netto-Masseneinkommen um 6,0% wachsen.

Obwohl auch im kommenden Jahr kaum mit einer Lohndrift zu rechnen ist, dürfte sich der deutlichere Preisauftrieb doch in den Löhnen und Gehältern niederschlagen. Sowohl die Leistungseinkommen je unselbständig Beschäftigten als auch die Netto-Masseneinkommen dürften 1991 um 6¼% zunehmen.

Die gute Industriekonjunktur und die damit verbundenen erheblichen Produktivitätsgewinne bewirken, daß sich die internationale Lohnstückkostenposition der österreichischen Industrie 1990 und 1991 sowohl gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner als auch gegenüber der BRD leicht verbessert.

### Preisauftrieb beschleunigt sich

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stiegen die Verbraucher-

preise etwas schwächer als erwartet, die Inflationsrate betrug im Durchschnitt 3,0%. Am stärksten dämpften die preisgeregelten Dienstleistungen und die Tabakwaren den Preisauftrieb; auch die Energiepreise erhöhten sich in diesem Zeitraum noch unterdurchschnittlich. Dagegen entsprach die Preisentwicklung in der wichtigen Gruppe der industriellen und gewerblichen Waren dem Gesamtdurchschnitt.

Die Verteuerung der Mineralölprodukte wird sich ab September in einer Erhöhung der Inflationsrate um 0,6 Prozentpunkte niederschlagen. Da dies nur noch vier Monate betrifft und der Preisauftrieb im bisherigen Jahresverlauf schwächer als erwartet war, muß die Inflationsprognose für das gesamte Jahr 1990 nur unwesentlich auf 3,3% korrigiert werden.

Für 1991 ist dagegen nun eine merkliche Beschleunigung der Inflation zu erwarten. Dafür spricht nicht nur die Verteuerung der Erdölprodukte, sondern auch die Entwicklung der Nachfrage und der Arbeitskosten in der BRD und in Österreich. In der BRD treffen deutlich höhere Lohnzuwächse mit einer Verlangsamung des Produktivitätsfortschrittes zusammen. Während die Lohnstückkosten 1988 und 1989 fast stabil waren, muß für 1990 mit einer deutlichen Verteuerung gerechnet werden. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung dürfte es den Unternehmen relativ leicht

<sup>3)</sup> Mit 1. April 1990 erhielten die öffentlich Bediensteten als Nachschlag 350 S; die nachträgliche Pensionserhöhung um 1% wird ab Juli nachgezahlt.

fallen, die Kostensteigerung auf die Preise zu überwälzen. Diese Entwicklung wird ebenso für die Preise von Industriewaren in Österreich bestimmend sein. Das auch in Österreich beschleunigte Lohnwachstum wird

seinerseits den Auftrieb der Dienstleistungspreise verstärken; überdies kann mit einer ähnlichen Zurückhaltung in der Anhebung öffentlicher Dienstleistungstarife und der Tabakwarenpreise wie 1990 nicht mehr ge-

rechnet werden.

Die Inflationsrate muß daher 1991 mit 4¼% angesetzt werden, um 1 Prozentpunkt höher als im Jahresdurchschnitt 1990.

Abgeschlossen am 28. September 1990